

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle nach den Ausgabepreisen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM. Zugänglich Abnehmer in alle Postanstalten. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Einzelnummern 10 Pf. Einjahresabonnement 100 RM. Vorbestellung bis zum 1. Oktober. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Einzelnummern 10 Pf. Einjahresabonnement 100 RM. Vorbestellung bis zum 1. Oktober.

Einzelnummern 10 Pf. Einjahresabonnement 100 RM. Vorbestellung bis zum 1. Oktober. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Einzelnummern 10 Pf. Einjahresabonnement 100 RM. Vorbestellung bis zum 1. Oktober.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 232 — 89. Jahrgang

Telegr.-Abt.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2040

Sonnabend, den 4. Oktober 1930

Bergeslasten.

Nebenpflichtigkeiten. — Deutschland drinnen und draußen.
— Nur nicht dran rühren! — Poincaré lebt auf.

Während man sich in der politisch und finanziell interessierten Öffentlichkeit — also jeder, dessen Geldbeutel dabei irgendwie in Frage kommt — das Finanzprogramm der Reichsregierung daraufhin ansieht, wer und wie man durch diese Vorschläge getroffen wird, ist der verantwortliche Urheber dieses Programms schon einen Schritt weitergegangen. Er hat sich nämlich die Parteiführer kommen lassen und hat sie vor die Frage gestellt, was sie bzw. was ihre Parteien denn nun eigentlich zu diesem Programm sagen. Eine Antwort darauf zu geben ist den Parteien insofern nicht ganz leicht, weil eine Bergeslast von Verantwortung ihnen auf die Schultern gelegt wird. Der Reichsminister hat nämlich nicht die Absicht kundgegeben, eine „Regierungsallianz“ irgendwelcher Gestalt zu schaffen. Ihm scheint die politische Richtung — man kann dafür auch sagen: die parteipolitische Betonung — beim Regieren des Deutschen Reiches im Augenblick sehr gleichgültig zu sein; es kommt ihm nur darauf an, wie und ob er sein großes Reformprogramm durchbringt. Alles andere ist ihm zurzeit völlig nebensächlich. Denn er unterhandelt ja mit dem Auslande wegen des großen Kredits, der dem Deutschen Reich bis zum 31. März des nächsten Jahres das finanzielle Dasein versichert wird. Und das Ausland, das nun sein Geld hergeben soll, vielleicht auch hergeben will, muß natürlich wissen, wie es mit der Finanzangelegenheit seines künftigen — übrigens auch schon jetzigen — Schuldners bestellt ist. Ist doch das Ziel des Reformprogramms der Reichsregierung vor allem eines: Wirkliche Ausgleichung, tatsächliche Balancierung des Reichshaushalts in den Ausgaben wie bei strenger, die Eigenwirtschaften der Ministerressorts bis zu den Bürgermeistereien ablehnender Spararbeit festzusetzen, mit den Einnahmen, deren Höhe die allerhöchste Begrenzung erfährt durch die Einflüsse, die sich hier durch die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit, das Sinken der Preise und der Kaufkraft geltend machen. In diesem Sinne, nicht aber in dem der Parteipolitik, ist in dem Gang der Ereignisse die Politik eingeschaltet worden; nur die Wirklichkeit spricht und es ist eine völlige Verleumdung des Reichshaushalts, wenn man versucht, irgendwelchen parteipolitischen Wünschen, Zielen, Forderungen oder „Programmen“ Geltung verschaffen zu wollen. Aber alle alle hat sich die Bergeslast des unerbittlichen Gegenwärtigen gewälzt, das durch eigenes Hoffen und Beglehen nicht einfach zur Seite geworfen werden kann.

Wie wenig das möglich ist, bewies wieder einmal nicht bloß die Völkervereinigung in Genf, wo selbstverständlich deutsches Recht nur nach langen Beratungen und Überlegungen kühnlich anerkanntes Recht bleiben durfte. Wo dieses mühsam erzwungene Recht des Reiches als Störung empfunden wurde. Aber über den Verhandlungen schwebte als langsam heraufziehende Wolke eine andere grundsätzliche Frage, die ja die Grundlage berührt, auf dem das Europa von heute aufgebaut ist: Ist die Gestaltung Europas und schließlich der Welt überhaupt, wie man es 1919 in den verschiedenen Friedensverträgen bestimmte, wirklich eine politische Unabänderlichkeit, sind die „Verträge“ von damals faktisch, „tabu“ oder sind sie, werden sie als eigentliche Ursache der politischen, finanziellen, wirtschaftlichen und kreditpolitischen Krisen des Gegenwarts, nicht bloß des Heute, sondern auch des Morgen betrachtet? Daß Briand, französischer Minister des Auswärtigen und darum verpflichtet, dieses Heute und Morgen in seiner gegenwärtigen Gestalt zu erhalten, Gegenstand scharfer Angriffe geworden ist, daß selbst politisch sehr weit linksstehende Franzosen plötzlich in sorglose Reden über die angeblich immer noch bedrohte Sicherheit Frankreichs ausbrechen, ist ja nur ein Zeichen dafür, daß auch bis tief in die Kreise grundsätzlicher französischer „Veröhnungs“-politiker hinein das Gefühl dafür aufdämmert: Wir leben nicht mehr im Jahre 1919, wir können nicht mehr einem 65-Millionen-Volk die Diktatsbedingungen einfach diktieren. Kupferer dieses Diktats aber ist Frankreich und — will es bleiben. Niemand unter den Franzosen vertritt aber schärfer, unerbittlicher, engstirniger und diktatorischer das Unabänderliche des Versailler Diktats bis zum letzten — sehr viel später noch geschriebenen — Buchstaben als Poincaré. „Me éto carée“, als „Diktator“, werden die lothringischen Landesleute jenes Mannes von den Pariser Verspottet und jetzt spricht man davon, daß Poincaré nach langer Krankheit wieder in die politische Tätigkeit zurückkehren soll, wieder seinen Einfluß — vielleicht als Präsident der Republik — geltend machen kann. Dann wird man aber in Deutschland auch stärker fühlen, welche Vergeslasten das Versailler Diktat auf unser Dasein wirft und daß ein Wächter danebensteht, der genau darauf aufpaßt, daß dieser Berg nicht abgetragen wird.

Daran hat sich sechs Jahre hindurch als deutscher Außenminister Dr. Stresemann abgemüht, dessen Todestag sich jetzt jährt und zu dessen Häupten ein Denkmal errichtet worden ist. Er hat immer gehofft und die feste Zuversicht nie aufgegeben, daß sein so berühmt gewordenes „Triebstück von Thoiry“ eine weltgeschichtliche Bedeutung insofern haben würde, daß zwischen Deutschland und

Einberufung des Reichstages

Am 13. Oktober Reichstagsitzung.

Die Wahl des Präsidenten.

Der aus dem Sommerurlaub heimgekehrte Reichstagspräsident Löbe macht bekannt, daß auf Grund der Artikel 23 und 27 der Reichsverfassung der neugewählte Reichstag am Montag, den 13. Oktober, nachmittags 3 Uhr einberufen wird. In der ersten oder zweiten Sitzung des Reichstages erfolgt die Wahl des Präsidenten. Die erste Sitzung wird der Alterspräsident, in diesem Falle der Zentrumsgewählte Herold, leiten. Nach einer Gewohnheit, die allerdings kein geschriebenes Gesetz ist, nimmt der Reichstag seinen ersten Präsidenten gewöhnlich aus der stärksten Fraktion und das ist im vorliegenden Falle die Sozialdemokratie. Es ist aber kaum anzunehmen, daß dieses Mal Nationalsozialisten und Kommunisten für Löße stimmen werden, vielleicht auch andere Parteien von Rechts oder aus der Mitte nicht. Die Wahl bleibt also vorläufig offen.

Aber die genaue Zusammenfassung des Reichstages besteht noch keine völlige Klarheit. Eine nicht unerhebliche Zahl von Abgeordneten war in mehreren Wahlkreisen aufgestellt oder gleichzeitig auf Wahlkreis- und Reichstagsliste genannt. Nicht alle, die auf diese Weise Doppelmandate errangen, haben bereits die Erklärung abgegeben, welches Mandat sie annehmen. Erst am Dienstag wird die Verteilung endgültig feststehen.

Der Reichsminister hat seine politischen Empfänger fortgesetzt. Es erschienen bei ihm Vertreter der Christlich-sozialen Gruppe und Dr. Scholz von der Deutschen Volkspartei. Am Nachmittag fand die Aussprache mit den Vertretern der Nationalsozialisten Dr. Fried und Stöbner statt. Sonnabend wird die Reihe abgeschlossen mit dem Empfang der Deutschnationalen.

In Reichstag trat die sozialdemokratische Fraktion zu ihrer ersten Sitzung zusammen; die Beratungen, die von dem Regierungsprogramm ihren Ausgang nahmen, sind dann aber bald der allgemeinen politischen Lage zuwandten, dürften den ganzen Tag in Anspruch nehmen und unter Umständen auch morgen noch fortgesetzt werden. Die Christlichsozialen traten ebenfalls zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Den Vorsitz der Gruppe, die nicht ganz fraktionsfähig ist, führt vorläufig der Abgeordnete Simpsendorfer. Die Fraktion der Deutschen Staatspartei ist auf Montag einberufen worden.

Entschließung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 3. Oktober. In der Freitagsitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde folgende Entschließung angenommen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sieht nach dem Ausgang der Reichstagswahlen in der Erhaltung der Demokratie, der Sicherung der Verfassung und dem Schutze des Parlamentarismus ihre ersten Aufgaben. Die Demokratie ist bedroht von allen sozialreaktionären Kreisen, die die Wirtschaftskrise zum Abbau der Sozialpolitik und zur Senkung der Löhne ausbeuten wollen. Sie ist bedroht durch die faschistische Bewegung der Nationalsozialisten, die den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftskrise nach der Zertrümmerung der Demokratie die sofortige Heilung aller Leiden und die Lösung aller sozialen Fragen vorkauften, sie ist bedroht durch die kommunistische Partei, die selbst in dieser gegenrevolutionären Situation die Arbeiterklasse spaltet und den Kampf gegen Sozialreaktion und Faschismus erschwert. Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie, um die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu heben. Die Krise kann nicht gelöst werden durch Verminderung der Kaufkraft der Massen, sondern nur durch Arbeitsbeschaffung. Ebenso unerlässlich ist der Kampf der Fraktion im neuen Reichstag zur Herbeiführung eines Notgesetzes über eine solche Herabsetzung der Arbeitszeit, die es ermöglicht, die Erwerbslosen wieder in Arbeit zu bringen. Die politische Anscher-

Frankreich ein wirksamer Friede eintreten sollte, ohne daß allerdings an den nun einmal bestehenden Verhältnissen etwas geändert würde. Jetzt hat ein zweites Frühstück stattgefunden: Lardien und Poincaré waren in Bar-le-Duc zusammen. Frankreichs jetziger Ministerpräsident war 1919 intimster Berater Clemenceaus und Poincaré — nun, über dessen Diktatorhaftigkeit ist kein Wort mehr zu verlieren. Vor sieben Jahren hat er die französische Trikolore an der Ruhr aufgeschwungen und sehr gegen seinen Willen ist sie von dort verschwunden. Und wenn sein Name fällt, dann denken wir Deutsche mit Blicken des Zweifels auf das Grab und die Arbeit gerade Dr. Stresemanns an das Wort, das 1912, als Poincaré Präsident der Französischen Republik wurde, mit nur allzu großer Verehrung gesprochen worden ist: „Poincaré — das ist der Krieg!“
Dr. Br.

Fördert die Ortspresse

beit birgt die Gefahr künftiger politischer Verwicklungen in sich. Sie hat die Flucht des deutschen Kapitals gesteigert und hindert den Zustrom ausländischen Kapitals. Sie verschärft die Wirtschaftskrise. Nur die Sicherung eines streng verfassungsmäßigen Regierens ermöglicht die notwendige Arbeitsbeschaffung zur Wäderung des wirtschaftlichen Niedergangs. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird unter Wahrung der Lebensinteressen der arbeitenden Massen für die Sicherung der parlamentarischen Grundgesetze und für die Lösung der notwendigen finanzpolitischen Aufgaben eintreten. Die Sozialdemokratie hält an den Grundgesetzen der bisherigen Außenpolitik fest, die zur Befreiung des Rheinlandes und zur Herabsetzung der Reparationslasten geführt hat. Sie lehnt alle außen- und handelspolitischen Experimente ab, die die wirtschaftlichen Beziehungen stören und zu einer neuen akuten Verschärfung der Krise führen würden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, entschlossen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft mit größter Energie zu verteidigen, wird auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Befreiung der für die breiten Massen des Volkes unerträglichen Bestimmungen der Notverordnungen fordern und erwartet von allen Arbeiterorganisationen strengste Aktivität für die großen bevorstehenden Kämpfe und die Bereitschaft, ihren Kampf außerhalb des Parlaments mit allen gegebenen Mitteln zu unterstützen.

Was bedeutet die SPD-Entschließung?

Berlin, 3. Oktober. In Regierungskreisen wird die Entschließung, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Freitagnachmittag gefaßt hat, verhältnismäßig günstig beurteilt. Man glaubt zu der Annahme berechtigt zu sein, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hiernach entschlossen sei, den gegen die Notverordnungen geführten Aufhebungsanträgen, die alsbald im Parlament eingebracht werden dürften, ihre Zustimmung zu verweigern. Weitergehende politische Rückschlüsse gestattet die sozialdemokratische Entschließung jedoch auch nach Auffassung führender politischer Kreise des Regierungslagers nicht. Die Entschließung ist offenbar dazu bestimmt, der Sozialdemokratie ihre volle tatsächliche Bewegungsfreiheit im Reichstag gegenüber der Haltung des rechten Flügels der Regierungsparteien und der Rechtsopposition zu wahren.

Dr. Goebbels über die nationalsozialistischen Forderungen.

Berlin, 4. Oktober. In zwei wegen Ueberschreitung polizeilich gesperrter Massenversammlungen der NSDAP sprach am Freitag der Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels über die politische Lage. Er erklärte, das sog. Sanierungsprogramm des Reichsministers Brüning bringe nicht in einem einzigen Punkte die nach nationalsozialistischer Ansicht dringende erforderliche grundsätzliche Umstellung auf allen Gebieten der deutschen Innen- und Außenpolitik. Dieses Programm faniere die Republik und vernichte dabei das Volk. Wenn der Reichsminister glaube, es mit wechselnden Mehrheiten von rechts und links durchbringen zu können, so werde diese Rechnung hinsichtlich der Nationalsozialisten, die entweder regieren oder in der Opposition bleiben wollten, nicht stimmen. Wenn die Nationalsozialisten mit registrierten, so würden sie damit zum Ausdruck bringen, daß mit dem bisherigen Kurs in Deutschland auf allen Gebieten gebrochen werden müsse. Erste Bedingung für die nationalsozialistische Mitarbeit seien sofortige, nicht spätere Wahlen in Preußen. Dr. Goebbels erklärte, man brauche sich übrigens auch mit dieser Forderung und ihrer Bewilligung nicht zu viel einzubilden, da nach der preussischen Verfassung ein Zehntel der Bevölkerung ein Volksbegehren auf Landtagsauflösung erwirken könne. 4,1 Millionen von 4,8 Millionen Stimmen brächten auf Grund der letzten Wahl schon die Nationalsozialisten zusammen. Auch in Preußen würde die NSDAP, dann kraft ihrer Stärke das Innenministerium verlangen, wie sie überhaupt zur Übernahme der Mitverantwortung bereit sei, sofern sie dies vor ihren Wählern auch verantworten könne.

Völkerrat 1930 geschlossen.

Pariser Besprechungen.

Die Vollversammlung des Völkerbundes behandelte zum Abschluß ihrer Beratungen am Freitag die aus den einzelnen Ausschüssen eingegangenen abschließenden Berichte. Die Versammlung trug das übliche Bild des Konferenzschlusses. Der Saal war kaum zur Hälfte gefüllt. Fast sämtliche Außenminister sind bereits abgereist. Die Bänke der Sachverständigen, die Diplomatenlogen, die Pressetribünen sind leer. In der Aussprache wurden die einzelnen Berichte entgegengenommen.

Der Vorschlag der finnländischen Regierung, den Internationalen Haager Gerichtshof als Bestätigungsinstanz für die Entscheidung des Gemischten, in den Friedensverträgen geschaffenen Schiedsgerichts einzusetzen, wurde auf die nächste Vollversammlung verschoben. Ein Antrag, die Zahl der Vizepräsidenten der Völkerbundversammlung von sechs auf acht zu erhöhen, wurde abgelehnt, ebenso wie